Dokumentationsstätte zu Kriegsgeschehen und über Friedensarbeit Sievershausen e.V.

ANTIKRIEGSHAUS NEWSLETTER

APRIL 2018

Antikriegshaus Sievershausen Kirchweg 4A 31275 Lehrte Tel: 05175-5738 mail: info@antikriegshaus.de

Es gibt keinen
Weg zum Frieden
auf dem
Weg der Sicherheit.
Frieden muss
gewagt werden

Dietrich Bonhoeffer

Liebe Freundinnen und Freunde des Antikriegshauses

Wir haben eine neue - alte - Regierung, CDU/CSU und SPD haben sich zusammengerauft. Ob der neue Koalitionsvertrag Positives zu unseren Friedens-Themen enthält, versuchen wir in einer kurzen Analyse zu beschreiben. Letztlich wird sich die Regierung, werden sich die Parteien an ihrer Praxis messen lassen müssen.

Und die enthält doch sehr viele Schattenseiten. Es scheint inzwischen Konsens unter den meisten Politiker*innen, das der sog. Verteidigungsetat stark ansteigen muss. Dass der Koalitionsvertrag dies dadurch zu kaschieren versucht, dass dann auch die Ausgaben für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit in demselben Verhältnis steigen sollen, macht die Tatsache nicht besser. Steigende Rüstungsausgaben fehlen an anderer Stelle, dienen vor allem der Rüstungsindustrie und machen die Welt nicht sicherer, sondern unsicherer, weil sie in der Logik einer erneuten weltweiten Rüstungsspirale stehen.

Es gibt keinen
Weg zum Frieden
auf dem
Weg der Sicherheit.
Frieden muss
gewagt werden

Dietrich Bonhoeffer

Wir setzen dagegen: Beispiele aus dem Zivilen Friedensdienst sollen zeigen, dass diese Bereiche sehr viel mehr Aufmerksamkeit und Ressourcen benötigen. Im Zivilen Friedensdienst wird tatsächlich für den Frieden und eine bessere, weil nachhaltige Welt gearbeitet. Die Etats von Verteidigung / Rüstung und Friedensarbeit / Krisenprävention stehen demgegenüber in einem krassen Missverhältnis und sollten angeglichen, besser noch: umgekehrt werden, dann wären wir auf dem Weg zum Frieden. Wagen wir doch mal Schritte dorthin!

Schöne Worte kann jeder. Die neue Regierung wird beweisen müssen, dass sie ihren Ankündigungen auch Taten folgen lässt. Viel Hoffnung darauf hab ich nach den Erfahrungen mit der letzten Großen Koalition ehrlich gesagt nicht.

Um so wichtiger, dass wir im Kleinen bei unseren Taten bleiben, unsere Friedensarbeit vorantreiben. Dass wir das können, verdanken wir auch Ihnen, unseren Mitgliedern und Freunden.

Es grüßt Sie und Euch ganz herzlich

Berndt Waltje

Inhalt

Editorial

demnächst im Antikriegshaus:

Südafrika – Apartheid und danach

Rainer Stuhlmann über das Versöhnungsprojekt Nes Ammim

Bemerkungen zum Koalitionsvertrag

ZFD-Praxisbeispiel Mali

Combatants for Peace

Ein Symbol wird 60

Ostermarsch am 31.3. in Hannover

Paul-Spiegel-Preis für Pastor Manneke

Pilgerweg des Arbeitskreises Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung nach Drütte

Ein Tucholsky-Zitat

Impressum: Newsletter April 2018
Antikriegshaus Sievershausen
Kirchweg 4A 31275 Lehrte-Sievershausen
info@antikriegshaus.de Tel: 05175-5738
Öffnungszeiten: di, fr 10-17 Uhr
www.antikriegshaus.de
Konto bei der Evangelischen Bank eG
IBAN DE33 5206 0410 0000 6005 20

Demnächst im Antikriegshaus

Freitag, 13. April 2018 - 19.00 Uhr im Antikriegshaus Sievershausen

Südafrika – Apartheid und danach

Nele Käferlein und Rieke Könecke haben während ihres Praktikums mit dem Freiwilligen im Antikriegshaus, Ayanda Mbete, der aus Kapstadt stammt, eine Ausstellung zu Südafrikas Apartheid-Politik erarbeitet.

Was ist eigentlich Apartheid, wer hat sich während der Apartheidszeit gegen Unrecht und Unterdrückung eingesetzt und welche Möglichkeiten bieten sich heute in Südafrika, nachdem 1990 das Apatheidsgesetz abgeschafft wurde - das sind die Themen und Fragestellungen, mit denen sich die Gruppe beschäftigt und aus den Erkenntnissen, Informationen und Einsichten eine Ausstellung zusammengestellt hat.

Zur Ausstellungseröffnung am 13. April um 19.00 Uhr laden wir ganz herzlich ins Antikriegshaus.

Nele Käferlein und Rieke Könecke werden über ihre Erfahrungen während des Praktikums berichten und Ayanda Mbete wird aus seiner Heimat erzählen und über die Arbeit berichten, die er dort mit anderen zusammen im Township leistet.

Demnächst im Antikriegshaus

Sonntag, 29. April 2018 - 16.00 Uhr im Antikriegshaus Sievershausen

Rainer Stuhlmann

WIR WEIGERN UNS, FEINDE ZU SEIN

Das andere Gesicht Palästinas und Israels

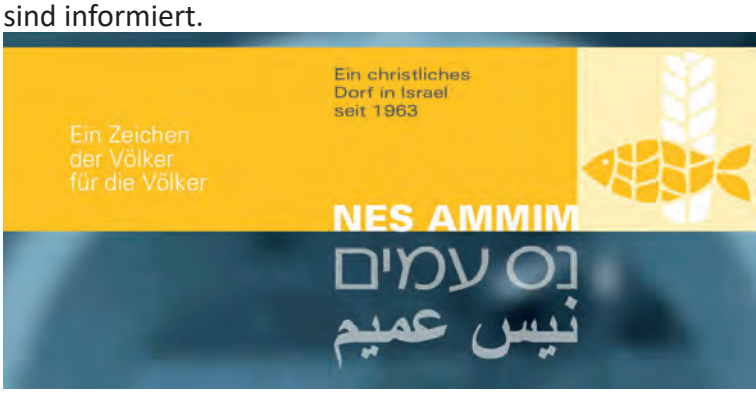
Rainer Stuhlmann , geb. 1945, lebt als evangelischer Pfarrer im Ruhestand in Köln. Von 2011 bis 2016 organisierte er in Nes Ammim, einem internationalen ökumenischen Dorf im Norden Israels, das Studienprogramm für Freiwillige aus verschiedenen europäischen Ländern. Er ist viel herum gekommen auf beiden Seiten des Grenzzauns. Er erzählt von Menschen aus beiden Völkern, die sich um Dialog, Gerechtigkeit und Frieden bemühen, und zeigt dazu Bilder. Mit dem Willen zu einer „doppelten Solidarität" ist er immer wieder „zwischen die Stühle" geraten und hält diese Position für die für ihn einzig mögliche, als Europäer, als Deutscher und als Christ in diesem Land zu leben und Stellung zu beziehen.

Autor von "Zwischen den Stühlen", Verlag: Neukirchener Aussaat 2015, 155 Seiten, 12,99 €

Über Nes Ammim:

Nes Ammim ist der Name eines christlichen Dorfes im Norden Israels, das zu Beginn der 1960er Jahre gegründet wurde. Die Initiative dafür ging von Menschen in Europa, hauptsächlich Niederländern, Schweizern und Deutschen aus, die nach den Schrecken des Nationalsozialismus aktive Versöhnungsarbeit zwischen Christen und Juden, Europäern und Israelis, leisten wollten. »Nes Ammim« ist hebräisch und bedeutet übersetzt »Zeichen für die Völker« oder auch »Zeichen der Völker« (Jesaja 11,10). Und genau das soll das Dorf sein: ein Zeichen der Solidarität mit dem jüdischen Volk und der Beginn einer neuen Beziehung zwischen Christen und Juden und Palästinensern.

Nes Ammim besteht aus einer christlichen Gemeinschaft europäischer Freiwilliger, sowie jüdischen und arabischen Familien. Die Freiwilligen leben und arbeiten mit ihren israelischen Nachbarn und Kollegen eng zusammen. In Israel erfahren sie hautnah, wie Juden und Araber leben, was sie glauben und was sie über den Konflikt und den "Friedensprozess" denken. Volontäre, die in Nes Ammim gelebt haben, können sich dafür entscheiden, in ihren Heimatländern als Botschafter zu arbeiten: Wenn Antisemitismus, Hetze gegen Israel oder gegen Muslime aufflammt, können sie aufstehen und Dinge gerade rücken, denn sie sind informiert.



Bemerkungen zum Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 7.2.18

Der Koalitionsvertrag ist 177 Seiten lang, deren Inhalt uns natürlich alle betrifft. Wir beschränken uns in dieser kurzen Analyse auf Themen, die für unsere Friedensarbeit wichtig sind.

Da ist zum einen die Rüstungsexportpolitik, die wir immer wieder kritisieren, weil sie mitverantwortlich für Kriege und Gewalt ist. Wir haben in diesem Sektor, v.a. was die tödlichen Kleinwaffen anbelangt, im letzten Jahr einige Fortschritte gesehen (s. NL vom Januar). Im Koalitionsvertrag steht dazu im Kapitel XII:

"Ergänzend zu den Kleinwaffengrundsätzen vom Mai 2015 sollen Kleinwaffen grundsätzlich nicht mehr in Drittländer exportiert werden. Wir schärfen noch im Jahr 2018 die Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 und reagieren damit auf die veränderten Gegebenheiten."

Das begrüßen wir natürlich. Drittländer sind solche, die weder der EU noch der NATO angehören oder diesen gleichgestellt sind. Die Türkei z.B. ist NATO-Land, ist also nicht betroffen. Ebensowenig die USA, wo jährlich 18.000 Menschen durch Schusswaffengebrauch zu Tode kommen. Bei der schwäbischen Rüstungsfirma Heckler&Koch machen Waffenverkäufe/exporte für den zivilen US-Markt fast 40% (ca. 80 Mio.) des Gesamtumsatzes aus. 2016 exportierten deutsche Waffenfirmen fast 500.000 Kleinwaffen in die USA. Eine Waffenlobby gibt es auch in Deutschland, und wir werden darauf achten müssen, ihren Einfluss zurückzudrängen. Aber der obige Passus ist ein richtiger Schritt.

Weiter heißt es zur Rüstungsexportpolitik:

"Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind."

Dieser Satz sollte eigentlich selbstverständlich sein. Dass er extra genannt wird, zeigt, dass dem nicht so ist. 2017 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte für rund 1,3 Mrd. Euro an Länder genehmigt, die am Jemen-Krieg beteiligt sind, v.a. an Ägypten, Saudi-Arabien und die VAR. In Jemen hat der Krieg zu einer der größten humanitären Katastrophen geführt. Dabei dürfen nach den schon heute geltenden Regeln keine Waffen in Spannungsgebiete geliefert werden. Die Rüstungsexportpolitik der Regierung wird auch in Zukunft im Fokus der Friedensorganisationen bleiben müssen.

Ähnliches gilt für die Politik der Abrüstung im nuklearen Bereich. Schöne Worte zu Beginn des Abschnitts: *"Ziel unserer Politik ist eine nuklearwaffenfreie Welt."* - aber in der Konkretion die Beibehaltung der bekannten Position:

"Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im Strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen."

Mit diesem Argument hat sich Deutschland im letzten Jahr der UN-Initiative zur Ächtung von Atomwaffen verweigert und sich auch nicht vom Friedensnobelpreis für ICAN, die diesen Prozess weitgehend prägte, beeindrucken lasssen. Die deutschen Piloten in Büchel proben also weiter, Atombomben mit ihren Kampfjets ins Ziel zu befördern. Der Abzug der Atombomben, obwohl vom Bundestag 2010 schon einmal mit breiter Mehrheit gefordert, wird auf eine vage Zukunft verschoben. Friedenspolitik geht anders.

Immerhin sprechen sich die Koalitionäre dafür aus, autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen

sind - gemeint sind Kampfroboter, der neueste Schrei der Waffenindustrie -, weltweit zu ächten. Dass Deutschland keine bewaffneten Drohnen einsetzen wird, steht allerdings nicht in dem Papier. Nur die völkerrechtswidrige Tötung durch Drohnen wird abgelehnt - eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Das systematische Töten durch Drohnen, das die USA auch von deutschen Stützpunkten aus betreibt, wird lieber nicht erwähnt.

Der Abschnitt Krisenprävention und humanitäre Hilfe umfasst ganze 21 Zeilen. Immerhin enthält er die Selbstverpflichtung:

"Wir werden die im Jahr 2017 beschlossenen Leitlinien für Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung als Referenzrahmen für Deutschlands Engagement zur Krisenverhütung und Friedensförderung konsequent umsetzen."

Wobei an diesen Leitlinien im letzten Jahr von den Friedensorganisationen durchaus Kritik geübt wurde. Hauptpunkt ist nach wie vor die mangelnde Ressourcen-Ausstattung für die Zivile Konfliktbearbeitung. Wenn die Regierung konsequent in Richtung Friedensförderung handeln will, muss sie diesen Bereich mit erheblich mehr Mitteln ausstatten und nicht nur von einer (unverbindlichen) "Stärkung" sprechen. Zu viele Projekte des Zivilen Peacekeepings scheitern schon in der Planungsphase an mangelnder Finanzierung. Immerhin enthält der Koalitionsvertrag eine Aussage, die besagt, dass

"zusätzlich entstehende Haushaltsspielräume prioritär dazu genutzt werden sollen, neben den Verteidigungsausgaben zugleich die Mittel für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit angemessen zu erhöhen im Verhältnis von eins zu eins beim Verteidigungshaushalt zu Ausgaben für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit."

Dies betrifft aber nur eventuell zusätzliche Mittel, sozusagen ein Trostpflästerchen.

Bei den Abschnitten zur Bundeswehr (über 3 Seiten) wird man sehr viel konkreter und schreibt detaillierte Vorhaben zur Verbesserung der Bundeswehr-Strukturen in den Vertrag. Auch hält die Koalition an den Auslands-Einsätzen der Bundeswehr in Mali und Afghanistan fest, will sie sogar noch ausbauen. Dabei hat es für diese Einsätze nie eine transparente Evaluation unter Einbeziehung auch der vor Ort tätigen NGOs gegeben - ein Unding und von daher eine horrende Geldverschwendung bei einem so langen Einsatz wie in Afghanistan. Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP), was jährliche Ausgaben von 70 Mrd. (heute: 37 Mrd) bedeutet, wird im Vertrag zwar nicht direkt genannt, lässt sich aber zwischen den Zeilen deutlich erkennen. Freuen kann sich darüber allein die Rüstungsindustrie. Dagegen wird das Ziel, endlich die UN-Quote von 0,7 % des BIP für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, in einem kurzen Satz abgehandelt - bitter muss man anmerken: wie schon seit 30 Jahren, ohne dass dieses Ziel je erreicht wurde.

Insgesamt ist am Koalitionsvertrag zu sehen, dass Ursula von der Leyen gegenüber dem Auswärtigen Amt eine stärkere Stellung hat und ihre Vorstellungen viel konkreter in den Vertrag einbringen konnte. Der Verweis auf die neuen Leitlinien zur Krisenprävention zeigt zwar, dass dieser Bereich wahrgenommen wird, aber viel zu wenig gefördert wird. Will Deutschland tatsächlich Verantwortung für den Frieden in der Welt übernehmen, müssen aber gerade hier Konzepte erarbeitet und umgesetzt und die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Militär schafft keinen Frieden.

Ein Beispiel aus der Praxis der Konfliktprävention

Mali: „Voller Risse - voller Hoffnung“

Eine Pressemitteilung des ZFD

Die Lösung von Konflikten ist eine zivilgesellschaftliche Aufgabe, keine militärische.

Bonn, 22.02.2018. Ab heute zeigt der Zivile Friedensdienst in seinem Online-Dossier zur Präventionsarbeit in Mali (s.u. *ziviler-friedensdienst.org/de/mali-praevention*), wie Jugendliche in Mali gesellschaftliche Gräben überwinden, wie Schulen gegen das Klima der Gewalt vorgehen, wie zivile Konfliktbearbeitung beim Goldabbau hilft und wie Partner des ZFD die internationale Militärpräsenz mit Blick auf Gewaltprävention und Friedensförderung bewerten.

Mali ist ein Land voller Potentiale.

Doch Armut und Perspektivlosigkeit prägen das Leben vieler Menschen. Besonders der Norden wurde lange vernachlässigt. Die nomadisch lebenden Tuareg, Araber und Fulbe fühlen sich gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen benachteiligt. Hinzu kommen organisierte Kriminalität und islamistische Gruppen, die in der Region operieren. Eine explosive Mischung. **2012 schlitterte Mali in eine schwere Krise.** Ein Militärputsch stürzte die Regierung. Rebellen brachten den Norden unter ihre Gewalt. Es folgte eine Militärintervention mit UN-Mandat, die bis heute andauert und an der auch die Bundeswehr beteiligt ist. Das 2015 errungene Friedensabkommen wird nur schleppend umgesetzt. **Die Konfliktursachen sind nicht behoben**. Die Gesellschaft ist gespaltener denn je.

“Die Lösung von Konflikten ist eine zivilgesellschaftliche Aufgabe und keine militärische”, sagt Augustin Cissé, Generalsekretär der malischen ZFD-Partnerorganisation ORFED. “Der Frieden muss sich von unten

aufbauen. Es gibt in Mali genügend Menschen, die sich dafür einsetzen wollen. Mit nur einem Viertel der Militärausgaben könnte man das ganze Potential der Zivilgesellschaft mobilisieren.”

ORFED setzt sich seit 2004 für zivile Friedensförderung und Gewaltprävention in Mali ein. Besonders die junge Generation steht im Fokus. In einem Klima der Gewalt soll sie alternative Handlungsmöglichkeiten kennenlernen. ORFED unterstützt beispielsweise den Jugendverband CRJ dabei, die berechtigte Wut der Jugendlichen in friedliche Bahnen zu lenken und sie vor Radikalisierung zu schützen. Einige Jugendliche engagieren sich heute erfolgreich als Mediatoren in Konflikten. Auch an den Schulen zeigt die Arbeit Wirkung: “Die Fortbildungen in ziviler Konfliktbearbeitung haben wir zum Anlass genommen, das Thema auch im Unterricht aufzugreifen”, sagt ein Schulleiter in Gao, “seitdem gehen die Schüler verschiedener Bevölkerungsgruppen wieder vermehrt aufeinander zu. Sie spielen und reden wieder miteinander.”

“**Wir haben einen spürbaren Beitrag zum Rückgang der Gewalt geleistet**”, sagt ZFD-Fachkraft François Tendeng. Im Online-Dossier zeigen er und weitere Stimmen aus Mali, wie das Land mit mehr ziviler Friedensarbeit mehr Frieden finden könnte.

Über den ZFD:

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist ein Programm für Gewaltprävention und Friedensförderung in Krisen- und Konfliktregionen.

Er setzt sich für eine Welt ein, in der Konflikte ohne Gewalt geregelt werden. Neun deutsche Friedens- und Entwicklungsorganisationen, darunter unsere Dachorganisation AGDF, führen den ZFD gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen durch. Der ZFD wird von der Bundesregierung gefördert. Fachkräfte des ZFD unterstützen Menschen vor Ort langfristig in ihrem Engagement für Dialog, Menschenrechte und Frieden. Aktuell arbeiten mehr als 300 internationale ZFD-Fachkräfte in 43 Ländern.

Konfliktsensibler Journalismus in Mali

Diesen Artikel haben wir von der Webseite des ZFD übernommen

Aimé Rodrigue Dembélé schreibt das Wort „Frieden“ auf die Flipchart. „Was ist Frieden?“ fragt er in die Runde. Erst nur zögerlich, dann immer eifriger bringen sich die Anwesenden ein. Dembélé trägt das Stimmungsbild zusammen. Er leitet die heutige Fortbildung zum Thema Friedensjournalismus. „**Wie können Medienschaffende über Konflikte berichten, ohne Öl ins Feuer zu gießen?**“ ist die zentrale Frage. Gemeinsam erörtern und erproben die Kursteilnehmenden, wie eine ausgewogene Berichterstattung zur Entspannung einer Krise beitragen kann.

Aus eigenen Erfahrungen weiß Aimé Rodrigue Dembélé um die Fallstricke seines Gewerbes. Einst war er Schlagzeilenjournalist und wetterte, was das Zeug hielt. 2002 wurde er für seinen aggressiven Schreibstil offiziell gerügt. Als er 2007 an einer Fortbildung des ZFD teilnimmt, beginnt er umzudenken. „Zum ersten Mal habe ich journalistische Grundregeln gelernt, wie zum Beispiel die Notwendigkeit, alle Seiten eines Konflikts zu berücksichtigen“, erinnert sich Dembélé. Seitdem setzt er sich für einen konfliktsensiblen Journalismus ein.

Dembélé startete 2000 als Quereinsteiger bei einer malischen Tageszeitung. Eine journalistische Ausbildung hat der studierte Jurist nicht. Doch es war nicht nur die fehlende Ausbildung, die ihn zum Skandalreporter werden ließ. **Es fällt schwer, neutral über einen Konflikt zu berichten, wenn man selbst samt Freunden und Familie betroffen ist.** Und dann ist da noch die Sache mit der Auflage: Reißerisches verkauft sich oft besser als eine objektive Darstellung der Ereignisse. Viele Redaktionen setzen daher eher auf Schlagzeilen als auf Fakten.

Das einwöchige Training 2007 hat den Blick von Aimé Rodrigue Dembélé geweitet. „Die soziale Verantwortung der Medien war mir zuvor nicht bewusst“, sagt er heute. Medien haben Macht. Sie können die öffentliche Meinung sowohl negativ als auch positiv beeinflussen. Wird konfliktsensibel berichtet, tragen sie dazu bei, Spannungen abzubauen.

Inzwischen gibt Dembélé selbst Fortbildungen in Friedensjournalismus. „**Um dauerhaften Frieden zu erlangen**“, vermittelt er den Teilnehmenden, „**braucht es einen konstruktiven Umgang mit Konflikten – auch in den Medien.**“ Gemeinsam wird überlegt, wie das in der journalistischen Praxis gelingen kann. In Theorieblöcken werden die Konzepte gewaltfreier Konfliktbearbeitung und konfliktsensibler Be-

richterstattung vorgestellt. In praktischen Übungen erproben die Teilnehmenden das Gelernte, um für den beruflichen Alltag gerüstet zu sein.

Der Workshop von 2007 hat Aimé Rodrigue Dembélé und die anderen Teilnehmenden so sehr beeindruckt, dass sie den **Verein AJPV – „Journalisten für Frieden und Gewaltfreiheit“** (L'Association des Journalistes pour la Paix et la Non-violence) gründeten. Der AJPV bietet seitdem Fortbildungen in Friedensjournalismus an. Darüber hinaus wollen die Vereinsmitglieder ein Umdenken in den Redaktionen erreichen. Sie nehmen die malischen Medien unter die Lupe. „Weisen ein Artikel oder eine Radiosendung die Tendenz auf, gesellschaftliche Konflikte zu verschärfen, indem beispielsweise diffamierende Worte verwendet werden, suchen wir die Diskussion“, erklärt Dembélé die Strategie vom AJPV.

Der ZFD unterstützt die Arbeit des AJPV seit seiner Gründung. Nach wie vor führt der ZFD auch eigene Fortbildungen in Friedensjournalismus durch, damit immer mehr Journalistinnen und Journalisten zu „Mittlerinnen und Mittlern “ werden.

Das Antikriegshaus hält eine Ausstellung des *zfd - Ziviler Friedensdienst* vor, die unter dem Motto „Wir scheuen keine Konflikte“ die Arbeit des Zivilen Friedensdienstes beleuchtet. Diese Ausstellung kann für ein geringes Entgelt von Schulen ausgeliehen und durchaus als Alternative oder Ergänzung zur Bundeswehr-Werbung eingesetzt werden. Sie umfasst 17 Tafeln und ist in vier Bereiche unterteilt:

- Was ist der ZFD?
- Welche Methoden liegen der Arbeit zugrunde?
- Wer sind die Menschen im ZFD, was macht sie aus?
- Wo ist der ZFD aktiv und was machen die Friedensfachkräfte dort konkret?

Combatants for Peace erneut für Friedensnobelpreis nominiert

Zum zweiten Mal in Folge wurde die israelisch-palästinensische Friedensinitiative Combatants for Peace („Kämpfer für den Frieden“) für den Friedensnobelpreis nominiert.

In seiner Nominierung schreibt Stellan Vinthagen, Soziologieprofessor an der Universität Massachusetts (USA) und Berater im International Center on Nonviolent Conflict (Internationales Zentrum für gewaltfreien Konflikt): „Die Organisation ist einzigartig […], denn sie ist **die einzige Friedensorganisation in der Weltgeschichte, die von bewaffneten Kämpferinnen und Kämpfern beider Seiten in einem anhaltenden bewaffneten Konflikt** gegründet wurde.“ Im Einzelnen nominiert Vinthagen zwei Gründungsmitglieder der Combatants for Peace, Sulaiman Khatib (Palästina) und Chen Alon (Israel).

„Ich weiß nicht, wie eine friedliche Lösung aussehen wird: ein Staat, zwei Staaten, drei Staaten. Aber ich weiß, dass sie aussehen wird wie wir: Menschen aus Israel und Palästina, die sich gemeinsam und gewaltfrei für Gerechtigkeit einsetzen“, so Chen Alon aus Tel Aviv. „Wir wissen, dass wir wahren Frieden nur erreichen können, indem wir **die Menschlichkeit des Anderen anerkennen**.“

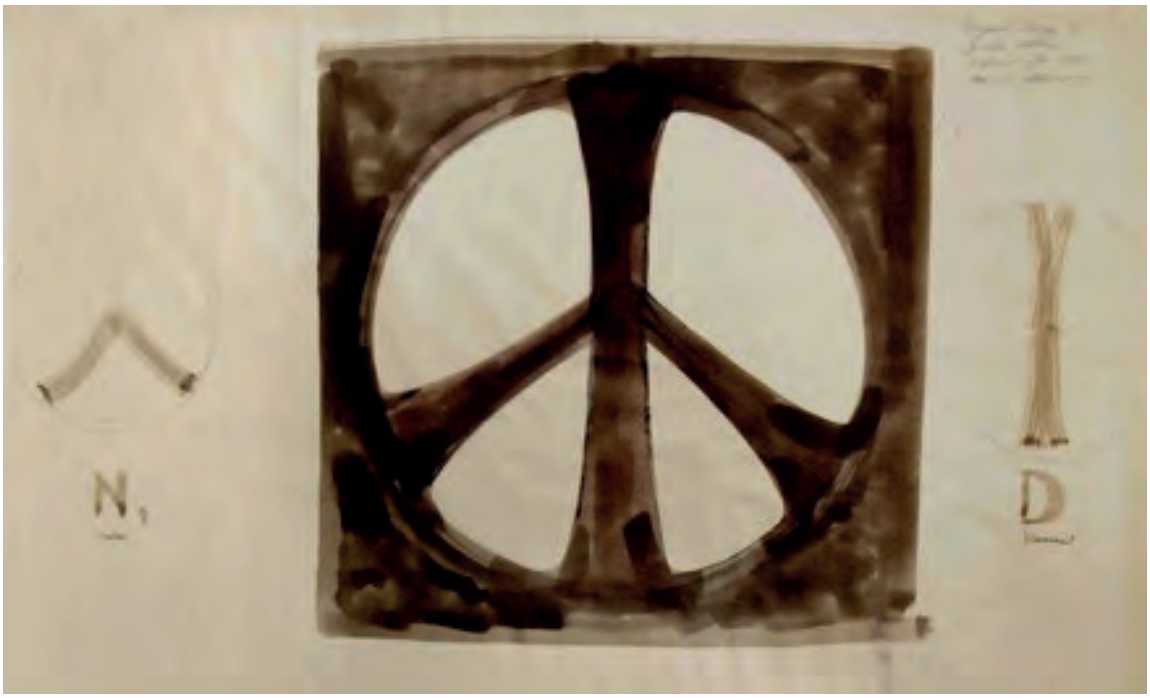
Sulaiman Khatib aus Ramallah erzählt: „Als ich jung war, glaubte ich, Israel sei böse und Israelis nichts mehr als Soldaten mit Waffen.“ Mit der Gründung der Combatants for Peace 2006 habe sich das komplett geändert. „Wir haben unsere Waffen niedergelegt. Haben uns getroffen, uns einander geöffnet und verziehen. **Wir sind Freunde geworden**. Wenn wir das schaffen, dann ist es überall auf der Welt möglich!“

Ein Herzstück der Arbeit der Combatants for Peace bildet die “Joint Israeli-Palestinian Memorial Day Ceremony”, eine gemeinsame israelisch-palästinensische Gedenkfeier, in Zusammenarbeit mit der Organisation Bereaved Families for Peace (Hinterbliebende Familien für den Frieden). Vor zwölf Jahren fand die Zeremonie erstmals in einem Theater in Tel Aviv statt, initiiert von Buma Inbar, dessen Sohn Yotam 1995 im Libanon starb. An der Feier nahmen damals 200 Menschen teil, auf der Suche nach einer anderen Stimme, einer anderen Auseinandersetzung mit dem israelischen Nationalgedenktag für die gefallenen israelischen Soldaten. Seitdem steigt die Zahl der Teilnehmenden kontinuierlich an: Im April 2017 wurde die Veranstaltung auf das Messegelände in Tel Aviv verlegt, über 5.000 Gäste kamen.

Inhalt des Gedenkens sind nicht nur Opfer auf israelischer Seite, sondern gleichfalls die palästinensischen Opfer der Gewalt und des Kriegs. Im Mittelpunkt der Zeremonie stehen Familien aus Palästina und Israel, die über ihre Trauer und ihren Schmerz sprechen, die sie aufgrund des Konflikts durchleben. Dieser “alternative Gedenktag” zeigt, dass Frieden möglich ist - wenn man nur den Schmerz und Verlust des anderen anerkennt.

Ein Symbol wird 60

Wäre das ‚Peace-Zeichen', wie unsere ehemalige Landesbischöfin, Pastorin der Hannoverschen Landeskirche, könnte es in den vorzeitigen Ruhestand gehen. Aber ‚Rente mit 60' ist nicht nur für verdienstvolle Logos keine Option, schon gar nicht abschlagsfrei. Und die Entwicklung in allzu vielen Ecken der Welt, aber auch gar nicht mehr so weit von uns entfernt, deutet nicht darauf hin, dass sich die Kampagne gegen Nuklearwaffen samt ihrem Symbol in nächster Zeit zur Ruhe begeben könnte.



*Skizze von Gerald Holtom (Commonweal Collection, University of Bradford). Die Buchstaben **N** (für nuclear) und **D** (für disarmament) aus dem internationalen Flaggenalphabet vereint im Symbol der Ostermarschkampagne. Ursprünglich wollte Gerald Holtom ein Kirchenkreuz in den die Erde zeigenden Kreis stellen, mehrere Bischöfe rieten ihm davon ab*

Das Symbol, das der britische Künstler Gerald Holtom (1914-1985) vor genau 60 Jahren am 21. Februar 1958 in die Welt setzte, sollte der Kampagne gegen die nukleare Aufrüstung ein Logo (so nannte mensch es damals noch nicht …) geben, unter dem sie sich zum allerersten Ostermarsch am Karfreitag desselben Jahres versammeln konnte. In Südostasien waren sich die westliche und die östliche Führungsmacht bereits gefährlich nah gekommen, Europa in beider Einflusssphären aufgeteilt - nur 13 Jahre nach dem mörderischen Weltkrieg hatten die Menschen Angst vor einem erneuten internationalen Konflikt und den schrecklichen Waffen, mit denen er ausgetragen werden könnte.

Der Ostermarsch 1958 vereinte mehr als 10.000 Menschen, die von London aus zum 80 km entfernten britischen Kernwaffenforschungszentrum Aldermaston zogen, um für nukleare Abrüstung - **N**uclear **D**isarmament - zu demonstrieren.

Auch über dem Friedensort Sievershausen ist das Zeichen zu sehen und ruft zur Beteiligung am diesjährigen Ostermarsch auf, z. B. am Ostersonnabend in Hannover (Auftakt mit Lutz Krügener und Gisela Fähndrich in der Ägidienkirche).

10:30 Kröpcke: Start

11:00 Aegidienkirche: Auftaktkundgebung

anschließend Demonstration zum Steintor

12:00 Steintor: Kundgebung und Infomarkt – Musik,

Paul-Spiegel-Preis für Wilfried Manneke

Wir freuen uns sehr, dass Wilfried Manneke, Pastor in Unterlüß und Vorsitzender der Initiative Kirche für Demokratie - Gegen Rechtsextremismus (IKDR) mit dem Paul - Spiegel - Preis geehrt wird.

Dazu die PRESSEERKLÄRUNG DES ZENTRALRATES DER JUDEN IN DEUTSCHLAND:

Niedersächsischer Pastor erhält Paul-Spiegel-Preis 2018

Der niedersächsische Pastor Wilfried Manneke erhält in diesem Jahr den Paul-Spiegel-Preis für Zivilcourage des Zentralrats der Juden in Deutschland. Die Preisverleihung findet voraussichtlich im Juni 2018 in Hannover statt.

Pastor Manneke engagiert sich seit 1995 gegen Rechtsextremismus. Damals schloss er sich dem „Arbeitskreis gegen Hetendorf 13“ an, der sich gegen ein Neonazi-Schulungszentrum richtete. 2009 gehörte der evangelische Pfarrer zu den Gründern des „Netzwerks Südheide gegen Rechtsextremismus“. Mit rund zehn weiteren aktiven Mitgliedern sowie 500 Unterstützern kämpft das Netzwerk seitdem gegen Rechtsextremisten in Niedersachsen.

Darüber hinaus zählte Pastor Manneke 2010 auch zu den Gründern der Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers, die ebenfalls seit Jahren mit intensiver Aufklärung und vielen Aktionen gegen Rechtsextremismus kämpft. Seit kurzem ist Pastor Manneke Vorsitzender des Sprecherrats der Initiative.

„Pastor Manneke beweist mit seinem außergewöhnlichen Engagement Mut und Beharrlichkeit“, erklärte der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster. „Obwohl er persönliche Anfeindungen ertragen muss und bereits Anschläge auf ihn und seinen Wohnort verübt wurden, lässt sich Pastor Manneke nicht einschüchtern. Er und seine Mitstreiter zeigen ebenso wie die evangelische Landeskirche Hannovers einen herausragenden Einsatz zum Schutz von Minderheiten und für unsere Demokratie. Mit seiner Zivilcourage ist Pastor Manneke für uns alle ein Vorbild.“

Der Paul-Spiegel-Preis für Zivilcourage wird seit 2009 vom Zentralrat der Juden in Deutschland in Erinnerung an seinen früheren Präsidenten Paul Spiegel und dessen unermüdliches Engagement gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie für eine starke Bürgergesellschaft vergeben. 2016 erhielt der Verein „Gesicht Zeigen!“ den Preis. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert.

Arbeitskreis Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung

Pilgerweg

Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte -
Ausländerfriedhof Jammertal -
Schachtanlage Konrad
Salzgitter

Samstag, 21. April 2018 - 11:00 – 15:45 Uhr

11:00	Auftakt an der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte Treffpunkt: Salzgitter AG, Tor 1, Eisenhüttenstraße, Salzgitter-Watenstedt Führung durch die Gedenkstätte.
12:00	Fahrt mit PKW zum Ausländerfriedhof Jammertal Parken gegenüber dem Eingang auf der Straße Steinmetzweg
12:15	Ausländerfriedhof Jammertal. Führung mit Frau Weth.
13:00	Pilgerweg Ausländerfriedhof Jammertal- Treffpunkt Konrad-Stein mit Blick auf Schachtanlage, ca. 6 km
14:30	Begrüßung, Informationen zum aktuellen Stand Schacht Konrad, Informationen zum Widerstand der Bürger* innen und Konrad Gottesdienste Information durch Mitglieder des Vorstandes Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e.V.
14:45	Wanderung durchs Dorf zur Kirche mit Ansicht der Widerstandssymbole auf dem Weg
14:55	Begrüßung der Pilger*innen und Andacht durch Pfarrerin Ann-Katrin Rieken
15:10	Geselliger Abschluss mit Erfrischung, kleinem Imbiss und Diskussion Rückfahrt zum Ausländerfriedhof wird organsiert.

Mit der Gründung der Reichswerke „Hermann-Göring“ kamen ab 1937 immer mehr Menschen in das Aufbaugebiet. Nach Kriegsbeginn waren dies vor allem zehntausende Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Das Konzentrationslager Drütte wurde 1942 unter der betrieblich genutzten Hochstraße auf dem Werksgelände errichtet. Es mussten dort mehr als 3000 Häftlinge aus Frankreich, Niederlande, Polen, der Sowjetunion und anderen Länder in den Rüstungsbetrieben Granaten und Bomben produzieren. Die schwere Arbeit und die oft unzureichende Versorgung führten zu einer stetig steigenden Sterberate. In den ersten Jahren fanden alle Toten ihre letzte Ruhestätte auf den Dorf- und Kirchenfriedhöfen. Die Einrichtung eines zentralen „Ausländerfriedhofes“ begann im Frühsommer 1943.

Die Eisenerzgewinnung wurde im Schacht Konrad 1975 aus wirtschaftlichen Gründen aufgegeben. Eine Nachnutzung wurde gesucht und die damalige Bundesregierung griff zu, um ein Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle zu planen. Die voraussichtliche Inbetriebnahme ist für 2027 geplant.

Dieser Pilgerweg wird veranstaltet vom Arbeitskreis Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung der Konföderation ev. Kirchen in Niedersachsen in Kooperation mit - dem Arbeitskreis Stadtgeschichte e. V. und - der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V. aus Salzgitter.

Information und Anmeldung (bis 17. April 2018)

Klaus Fischer
Salzgitter – Bad
Tel.: 05341 – 31741
E-Mail: homfisch@gmx.de

Die Führungen durch die Gedenkstätte und über den Ausländerfriedhof Jammertal wollte Elke Zacharias, die langjährige Leiterin der Gedenk- und Dokumentationssstätte KZ Drütte, durchführen. Am 13. März ist Elke Zacharias verstorben. Die Traueranzeige ist am 17.3.2018 in der Salzgitter-Zeitung erschienen .

Wir trauern um

Elke Zacharias

* 15.8.1962 † 13.3.2018

Mit Elke verlieren wir eine engagierte, hoch kompetente und menschlich wunderbare Mitstreiterin in der Gedenk- und Erinnerungsarbeit an die Verbrechen des Nationalsozialismus und eine gute Freundin. Als langjährige Leiterin und „Motor“ der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte, als stellvertretende Vorsitzende im Stiftungsbeirat der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten und als Mitglied im Sprecher_innenrat unserer Interessengemeinschaft hat sie die Gedenkstättenarbeit nicht nur in Niedersachsen über Jahrzehnte mitgeprägt. Unser Mitgefühl gilt ihren Angehörigen.

Wir werden Dich vermissen!

Für den Sprecher_innenrat der Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten und Initiativen:

Kurt Buck, DIZ Emslandlager in der Gedenkstätte Esterwegen;
Andreas Ehresmann, Gedenkstätte Lager Sandbostel; Dr. Michael Gander und Georg Hörnschemeyer, Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht;
Dr. Dietmar Sedlaczek, KZ Gedenkstätte Moringen;
Hedwig Thelen, Gedenkstätte Alte Pathologie Wehnen

Bergen Belsen

Gedenkfeiern zum Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen

14. April 2018 um 16.00 Uhr

am Waggon an der Rampe

Gast: Gerd Kleestedt, Überlebender des KZ Bergen-Belsen

15. April 2018 - 10:00 - 15:00

10.00 Uhr Gedenken auf dem Kriegsgefangenenfriedhof Bergen-Belsen

11.00 Uhr Gedenken am Obelisken

14.00 Uhr Eröffnung der Ausstellung „Kinder im KZ Bergen-Belsen“

Man hat ja noch niemals versucht,
den Krieg ernsthaft zu bekämpfen.

Man hat ja noch niemals alle Schulen und alle Kirchen,
alle Kinos und alle Zeitungen
für die Propaganda des Krieges gesperrt.

Man weiß also gar nicht,
wie eine Generation aussähe,
die in der reinen Luft eines gesunden
und kampfesfreudigen,
aber kriegsablehnenden Pazifismus
aufgewachsen ist.
Das weiß man nicht.

Man kennt nur staatlich verhetzte Jugend.

Kurt Tucholsky (1890 - 1935)

aus: **Die brennende Lampe**

Kaspar Hauser

Die Weltbühne, 02.06.1931, Nr. 22, S. 815